

II-4889 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH

BUNDESMINISTERIUM FÜR
ARBEIT UND SOZIALES
Zl. 30.037/1-S/92

1010 Wien, den 17. Feb. 1992
Stubenring 1
Telefon (0222)71100
Telex 111145 oder 11178
Telefax 7137995 oder 7139311
DVR: 0017001
P.S.K.Kto.5070.004
Auskunft

Klappe Durchwahl

2166 IAB
1992-02-19
zu 2199 IJ

B e a n t w o r t u n g

**der Anfrage der Abgeordneten Mag. Haupt, Dolinschek, Peter, Huber
an den Bundesminister für Arbeit und Soziales
betreffend Bleiberger Bergwerksunion AG und Förderung des Kärntner
Oberlandes, Nr. 2199/J**

Zur Anfrage möchte ich einleitend darlegen:

Mit der Schließung des Rohstoffbereiches der Bleiberger Bergwerksunion AG sind nach den mir vorliegenden Informationen insgesamt 245 Arbeitnehmer betroffen. Die Stilllegung soll in folgenden Etappen vorgenommen werden:

Bereits mit Mitte Dezember 1991 wurden 57 Mitarbeiter gekündigt, ca. 20 Personen können jedoch in Tochterbetrieben der Bleiberger Bergwerksunion AG weiterbeschäftigt werden. Unmittelbar (d.h. mit Ende der Kündigungsfrist Anfang März) von Arbeitslosigkeit betroffen sind daher etwa 35 Personen.

Im Verlauf des Jahres 1992 werden voraussichtlich noch ca. 70 bis 80 Mitarbeiter gekündigt werden, die jedoch nahtlos teils in die Sonderunterstützung des Bergbaues und teils aus gesundheitlichen Gründen in die Invaliditätspension übergeleitet werden. Die restlichen etwa 110 im Rohstoffbereich tätigen Mitarbeiter sollen über den Zeitraum von 6 Jahren sukzessive abgebaut werden. Es kann allerdings damit gerechnet werden, daß eine größere Anzahl der betroffenen Arbeitnehmer von Tochterfirmen der Bleiberger Bergwerksunion AG sowie von anderen Betrieben der Region übernommen werden kann.

- 2 -

Frage 1:

"Welche Maßnahmen der Arbeitsmarktförderung sind von den Ihnen unterstellten Behörden im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Problemen der Bleiberger Bergwerksunion AG beabsichtigt?"

Antwort:

Da sich die Probleme im Rohstoffbereich schon seit einiger Zeit abzeichneten, wurde von den zuständigen Mitarbeitern des Landesarbeitsamtes Kärnten im Sinne einer aktiven Arbeitsmarktpolitik ein Maßnahmenbündel erarbeitet. Die Schwerpunkte liegen dabei in den Bereichen Berufsorientierung - vor allem für jüngere Mitarbeiter kann über eine berufliche Neuorientierung eine langfristige Perspektive erarbeitet werden - sowie in Schulungsmaßnahmen, für die bisher ein Betrag von ca. öS 700.000,- bereitgestellt wurde. Sowohl durch individuelle Einzelmaßnahmen als auch durch Gruppenschulungen und daran anschließende konzentrierte Vermittlungsarbeit soll die Übernahme von gekündigten Mitarbeitern durch Tochterbetriebe der Bleiberger Bergwerksunion AG sowie durch andere Betriebe der Region ermöglicht werden.

Die Lehrwerkstätte der Bleiberger Bergwerksunion AG wird nicht geschlossen, sondern soll nach den vorliegenden Plänen einem Tochterunternehmen angegliedert werden. Neben den traditionellen Aufgaben soll die Lehrwerkstätte dann auch vermehrt Aktivitäten im Umschulungsbereich setzen.

Die Bleiberger Bergwerksunion AG wurde auch auf die Option einer Arbeitsstiftung hingewiesen. Durch dieses, speziell auf Unternehmen mit Umstrukturierungsproblemen zugeschnittene Programm, das nur aufgrund einer freiwilligen Betriebsvereinbarung geschaffen werden kann und eine wesentliche Finanzierungsbeteiligung des Unternehmens voraussetzt, ist es möglich, gekündigten Mitarbeitern über ein abgestimmtes Maßnahmenpaket - Berufsorientierung, Vermittlung (Outplacement), Aus- und Weiterbildung, Unternehmensgründung - den Wiedereinstieg in den Arbeitsprozeß zu erleichtern. Angesichts der über einen mehrjährigen Zeitraum geplanten, zu den einzelnen Stichtagen jedoch relativ geringen Zahl an Kündigungen hat das Unternehmens dieses Instrument nicht aufgegriffen.

- 3 -

Frage 2:

"Wie werden Sie die hohe Arbeitslosigkeit im gesamten Kärntner Oberland bekämpfen?"

Antwort:

Die relativ hohe Arbeitslosigkeit im Kärntner Oberland - die im übrigen nur im Bezirk Spittal/Drau mit 9,5 % im Jahresdurchschnitt 1991 über dem Wert für Gesamtkärnten (7,4 %) liegt, nicht jedoch in den Bezirken Hermagor (6,7 %) und Villach (6,3 %) - ist im wesentlichen auf die strukturellen Probleme der Region zurückzuführen. Die Dienststellen der Arbeitsmarktverwaltung werden daher selbstverständlich wie auch bisher alle zur Verfügung stehenden Instrumente nutzen, um eine Verbesserung der Arbeitsmarktlage herbeizuführen. Die Schwerpunkte werden dabei in erster Linie im Bereich der Vermittlung und Qualifizierung liegen, um vor allem die individuellen Vermittlungschancen der von Arbeitslosigkeit betroffenen Personen zu erhöhen.

Mit Nachdruck muß ich jedoch darauf hinweisen, daß Arbeitsmarktpolitik fehlende bzw. unzureichende struktur- und wirtschaftspolitische Maßnahmen nicht ersetzen, sondern nur in Einzelbereichen - etwa durch die Sicherung von Arbeitsplätzen, die Förderung der betrieblichen Einstellung oder durch die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze im betrieblichen wie im gemeinnützigen Bereich - ergänzen kann.

Trotzdem war es der Arbeitsmarktverwaltung auch in den Jahren 1990/91 wieder möglich, mit dem gezielten Einsatz von Arbeitsmarktförderungen entscheidende Beiträge für die Sicherung bzw. Schaffung von rd. 1500 Arbeitsplätzen im Rahmen von mehreren Betriebsansiedlungs- bzw. Erweiterungsprojekten in den unterschiedlichsten Branchen zu leisten, um damit bedeutende Schritte zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Kärntner Oberland zu setzen.

Für die kommenden Jahre ist der weitere Ausbau mehrerer, von der Arbeitsmarktverwaltung geförderter Unternehmen vorgesehen. Die Unterstützung etlicher neuer betrieblicher Offensivprojekte zur Schaffung von Arbeitsplätzen ist im Planungsstadium.

- 4 -

Abgesehen davon, wird für das Jahr 1992 auch im gesamten Kärntner Raum, vor allem in den Branchen "Textilindustrie und Metallverarbeitung" mit dem vermehrten Einsatz von Kurzarbeitsbeihilfe zur Bekämpfung kurzfristiger Beschäftigungsschwierigkeiten gerechnet werden müssen.

Über die gesicherten bzw. geschaffenen Arbeitsplätze hinaus werden durch diese "Initialzündungen" Multiplikatoreffekte verstärkt, sodaß die Zahl der indirekt geschaffenen und gesicherten Arbeitsplätze bzw. der indirekt geförderten Unternehmen die Zahl der direkt geförderten Arbeitsplätze bzw. Unternehmen bei weitem übersteigt.

Abschließend möchte ich Sie daran erinnern, daß auch Ihre Fraktion für das Nichtzustandekommen der von mir geforderten Erhöhung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages um 0,8 % mit Oktober 1991 und damit für die Einschränkung der - wie man an diesem Beispiel sieht - notwendigen Handlungsspielräume für die Durchführung arbeitsmarktpolitisch erforderlicher Maßnahmen die Mitverantwortung trägt.

